

# Inhalt

Vorwort .....	XXVII
---------------	-------

## KAPITEL 1

### Die Evangelische Kirche in der Weimarer Republik und die Religionspolitik der NSDAP

#### Einleitung

1.1 Die Evangelische Kirche in der Weimarer Republik .....	3
1.2 Die NSDAP und die Kirchen .....	6
1.3 Evangelische Stimmen zu Nationalismus und Nationalsozialismus .....	8
<b>1.1 Die Evangelische Kirche in der Weimarer Republik .....</b>	<b>12</b>
<b>1 Die preußische Regierung untersagt per Erlass nach dem Umsturz jeglichen Religionszwang in den Schulen Preußens (29. November 1918) .....</b>	<b>12</b>
<b>2 Pfarrer Johannes Schneider, Herausgeber des Kirchlichen Jahrbuchs: Kirchliche Zeitlage (Juni 1919) – darin: Aufruf des preußischen Oberkirchenrats vom 10. November 1918 .....</b>	<b>14</b>
<b>3 Weimarer Reichsverfassung: Religions- und Schulartikel (11. August 1919) .....</b>	<b>22</b>
<b>4 »Vaterländische Kundgebung« des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Königsberg (21. Juni 1927) .....</b>	<b>25</b>
<b>5 Die 28 evangelischen Landeskirchen in Deutschland .....</b>	<b>26</b>
<b>1.2 Die NSDAP und die Kirchen .....</b>	<b>29</b>
<b>6 Das Parteiprogramm der NSDAP (24. Februar 1920) .....</b>	<b>29</b>
<b>7 Christentum und Kirche in Hitlers »Mein Kampf« .....</b>	<b>32</b>
<b>8 Rudolf Buttman gibt in einer Rede vor dem Bayerischen Landtag eine »authentische Erklärung der Nationalsozialisten über ihre Stellung zum Christentum« ab (29. April 1931) .....</b>	<b>33</b>
<b>1.3 Evangelische Stimmen zu Nationalismus und Nationalsozialismus .....</b>	<b>38</b>
<b>9 Wort der religiös-sozialistischen Internationalen zu »Christentum und Faschismus« (November 1930) .....</b>	<b>38</b>
<b>10 Walter Künneht: »Was haben wir als evangelische Christen zum Rufe des Nationalsozialismus zu sagen?« (21. April 1931) .....</b>	<b>42</b>
<b>11 Richtlinien der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« (26. Mai 1932) ..</b>	<b>47</b>
<b>12 Flugblatt zur Kirchenwahl 1932 der Glaubensgemeinschaft Deutsche Christen Köln-Aachen .....</b>	<b>48</b>

<b>13</b> Gerhard Heinzmann: »Nationalsozialismus und lutherische Kirche« (1932) .....	51
<b>14</b> Ina Gschlössl: Die Kirche und das dritte Reich (1932) .....	55
<b>15</b> Paul Tillich: Die Kirche und das dritte Reich. Zehn Thesen (1932) .....	57
<b>16</b> Die Landeskirchenregierung der evangelischen Landeskirche in Nassau erlässt Richtlinien für die politische Betätigung der Geistlichen (4. August 1932) .....	58
<b>17</b> Missionsdirektor Otto von Harling nimmt in einem Beitrag für das Kirchliche Jahrbuch 1932 zum Thema »Juden und Judenmission« Stellung ...	60
<b>18</b> Hermann Sasse kritisiert im Kirchlichen Jahrbuch 1932 das Parteiprogramm der NSDAP .....	62
<b>19</b> »Das Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens« (11. Januar 1933) .....	64

## KAPITEL 2

### Im Zeichen der »Machtergreifung« (1933–1934)

#### Einleitung

2.1 Erste programmatische Äußerungen von Staat und Kirche .....	71
2.2 Der Aufstieg der »Deutschen Christen« .....	71
2.3 Der Weg zur neuen Kirchenverfassung .....	72
2.4 Kirchliche Neuordnung und Kirchenwahlen .....	74
2.5 Wahl des Reichsbischofs und Sammlung der kirchlichen Opposition .....	74
2.6 Eingliederung der evangelischen Jugendarbeit in die Hitler-Jugend .....	76
2.7 Christen und Juden im Zeichen von Boykott und »Arierparagraph« .....	76
2.8 Die Spaltung der Deutschen Christen .....	77
2.9 Kanzlerempfang und Eingliederungspolitik .....	78
2.10 Die Konstituierung der Bekennenden Kirche .....	80
2.11 Streit um die Inhalte des Religionsunterrichts .....	82
2.12 Die Reichsbischofsdiktatur und ihr Scheitern .....	82
2.13 Die Dahlemer Bekenntnissynode und die 1. Vorläufige Kirchenleitung .....	84
2.14 Ökumenische Initiativen 1934 .....	86
2.15 Glaubenszeugnisse .....	86
<b>2.1 Erste programmatische Äußerungen von Staat und Kirche</b> .....	87
<b>20</b> Aufruf der Reichsregierung an das Deutsche Volk vom 1. Februar 1933 ...	87
<b>21</b> Generalsuperintendent Otto Dibelius: Festpredigt zur Eröffnung des Reichstags (21. März 1933) .....	87
<b>22</b> Die Regierungserklärung Adolf Hitlers vom 23. März 1933 .....	91
<b>23</b> Der Oberkirchenrat der Evang. Kirche der ApU gibt in seiner Osterbotschaft »der Freude über den Aufbruch« Deutschlands Ausdruck (11. April 1933) ...	92
<b>2.2 Der Aufstieg der »Deutschen Christen«</b> .....	93
<b>24</b> Gauleiter Wilhelm Kube sichert in einer Rede den »Deutschen Christen« rückhaltlose Unterstützung seitens der NSDAP zu (3. April 1933) .....	93
<b>25</b> Glaubensbewegung »Deutsche Christen« fordert in einer Erklärung die Schaffung einer Reichskirche und die vorbehaltlose Anerkennung der nationalen Erhebung (5. April 1933) .....	93

	<b>26</b> Hitler ernennt Ludwig Müller zu seinem Bevollmächtigten für die Evangelische Kirche (25. April 1933) . . . . .	94
	<b>27</b> Die neuen Richtlinien der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« (16. Mai 1933) . . . . .	94
<b>2.3</b>	<b>Der Weg zur neuen Kirchenverfassung</b> . . . . .	96
	<b>28</b> »Loccumer Manifest« »zur Gründung der Deutschen Evangelischen Kirche« (20. Mai 1933) . . . . .	96
	<b>29</b> Der Reichsleiter der »Deutschen Christen«, Joachim Hossenfelder, protestiert beim Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes Hermann Kapler gegen die Wahl von Bodelschwings (28. Mai 1933) . . . . .	97
	<b>30</b> Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh: Wort an die evangelische Christenheit Deutschlands (27. Mai 1933) . . . . .	97
	<b>31</b> Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh begründet seinen Rücktritt (24. Juni 1933) . . . . .	99
	<b>32</b> Der Leiter der Kirchenabteilung des preußischen Kultusministeriums, Friedrich Trendelenburg, wird zwangsweise beurlaubt (22. Juni 1933) . . . . .	100
	<b>33</b> Preußischer Kultusminister Bernhard Rust teilt der Evang. Kirche der ApU per Telegramm die Einsetzung eines Staatskommissars mit (24. Juni 1933) . . . . .	100
	<b>34</b> Der neu ernannte Staatskommissar August Jäger greift erstmals per Telegramm in die Evang. Kirche der ApU ein (24. Juni 1933) . . . . .	101
	<b>35</b> Ludwig Müller begründet in einer Erklärung die Übernahme der Leitung des Deutschen evangelischen Kirchenbundes (28. Juni 1933) . . . . .	101
	<b>36</b> Generalsuperintendent Otto Dibelius protestiert gegenüber Staatskommissar Jäger gegen seine Beurlaubung (27. Juni 1933) . . . . .	102
	<b>37</b> Reichspräsident Paul von Hindenburg fordert Hitler auf, »den Frieden in der evangelischen Kirche wiederherzustellen« (30. Juni 1933) . . . . .	103
	<b>38</b> Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (11. Juli 1933) . . . . .	103
	<b>39</b> Hitler kündigt Reichspräsident von Hindenburg telegraphisch den Rückzug des Staatskommissars an (12. Juli 1933) . . . . .	108
	<b>40</b> Die Reichsregierung erkennt durch Reichsgesetz die Verfassung der DEK an und setzt für den 23. Juli Kirchenwahlen in ganz Deutschland an (14. Juli 1933) . . . . .	108
<b>2.4</b>	<b>Kirchliche Neuordnung und Kirchenwahlen</b> . . . . .	110
	<b>41</b> Gründungsaufruf der Jungreformatrischen Bewegung (12. Mai 1933) . . . . .	110
	<b>42</b> Karl Barth: Theologische Existenz heute! (25. Juni 1933) . . . . .	111
	<b>43</b> Aufruf der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« zur Kirchenwahl (14. Juli 1933) . . . . .	118
	<b>44</b> Aufruf der Jungreformatrischen Bewegung zur Kirchenwahl (17. Juli 1933) . . . . .	118
	<b>45</b> Flugblatt der Bonner »Liste für die Freiheit des Evangeliums« zur Kirchenwahl am 23. Juli 1933 . . . . .	119
	<b>46</b> Wahlabsprache für die Evangelische Landeskirche Württemberg (18. Juli 1933) . . . . .	120

47	Der »Völkische Beobachter« fordert zur Wahl der Glaubensbewegung DC auf (19. Juli 1933) . . . . .	121
48	Hitler fordert am Vorabend der Kirchenwahlen über Rundfunk zur Wahl der Glaubensbewegung DC auf (22. Juli 1933) . . . . .	121
49	Die Ergebnisse der Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 . . . . .	123
50	Zu neuer Arbeit! – Die Jungreformatorischen Bewegung will sich künftig »auf die innerkirchliche Arbeit« konzentrieren (Ende Juli 1933) . . . . .	125
<b>2.5</b>	<b>Wahl des Reichsbischofs und Sammlung der kirchlichen Opposition</b> . . . . .	<b>126</b>
51	Die Generalsynode der Evang. Kirche der ApU führt eine Bischofsverfassung ein (6. September 1933) . . . . .	126
52	»Evangelium und Kirche« beklagt massive Majorisierung der Generalsynode durch die Glaubensbewegung DC (5. September 1935) . . . . .	127
53	Martin Niemöller ruft zur Unterschrift unter eine Verpflichtungserklärung eines »Pfarrernotbundes« auf (12. September 1933) . . . . .	129
54	Protest gegen die Machtpolitik der Glaubensbewegung DC: eine Eingabe von 2000 Pfarrern an die Nationalsynode (27. September 1933) . . . . .	130
55	Programmatische Ansprache des neugewählten Reichsbischofs Ludwig Müller vor der Nationalsynode (27. September 1933) . . . . .	131
56	Verfügung der Reichsleitung der NSDAP vom 13.[11.] Oktober 1933: Rückzug aus dem unmittelbaren kirchenpolitischen Kampf . . . . .	134
57	Bericht aus der praktischen Arbeit des Pfarrernotbundes (2. November 1933) . . . . .	134
58	Die neu installierte Kirchenregierung ruft anlässlich des Luthertages zur Volksmission auf (10. November 1933) . . . . .	137
59	Gauobmann Reinhold Krause erklärt auf der Sportpalastkundgebung der Berliner DC: Christentum und Altes Testament schließen sich aus (13. November 1933) . . . . .	138
60	Die Berliner Glaubensbewegung DC fordert in einer EntschlieÙung die »Vollendung der deutschen Reformation aus dem Geist des Nationalsozialismus« (13. November 1933) . . . . .	140
61	Kanzelabkündigung des Pfarrernotbundes für Sonntag den 19. November 1933: Die Forderungen der DC stehen im Widerspruch zum Wesen der Kirche . . . . .	141
62	Acht Kirchenführer fordern die Distanzierung des Reichsbischofs von der Glaubensbewegung DC (29. November 1933) . . . . .	142
63	»Maulkorberlass«: Verordnung betreffend die Wiederherstellung geordneter Zustände in der DEK (4. Januar 1934) . . . . .	143
<b>2.6</b>	<b>Eingliederung der evangelischen Jugendarbeit in die Hitler-Jugend</b> . . . . .	<b>144</b>
64	Abkommen über die Eingliederung des Evangelischen Jugendwerks in die Hitler-Jugend (19. Dezember 1933) . . . . .	144
65	Protest der evangelischen Jugendführer gegen die Eingliederung (19. Dezember 1933) . . . . .	144

<b>2.7</b>	<b>Christen und Juden im Zeichen von Boykott und »Arierparagraph«</b> .....	145
<b>66</b>	Grundsätzliche Äußerungen Hitlers zu Judentum und Rassenfrage .....	145
<b>67</b>	Die Parteileitung der NSDAP ordnet die gezielte Vorbereitung eines »Judenboykotts« an (28. März 1933) .....	149
<b>68</b>	Die Reichsvertretung der deutschen Juden erbittet in einem Telegramm an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin Solidarität angesichts des angedrohten Boykotts (30. März 1933) .....	151
<b>69</b>	Der staatliche »Arierparagraph«: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (7. April 1933) .....	151
<b>70</b>	Dietrich Bonhoeffer: »Die Kirche vor der Judenfrage« (15. April 1933) .....	153
<b>71</b>	Baron Wilhelm von Pechmann fordert vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss Solidarität mit den Judenchristen: Entwurf eines Wortes (April 1933) .....	157
<b>72</b>	Kirchengesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten in der Evang. Kirche der ApU (6. September 1933) .....	157
<b>73</b>	Erzbischof Erling Eidem warnt Landesbischof Müller als Mitglied der einstweiligen Leitung der DEK vor der Einführung des »Arierparagraphen« (15. September 1933) .....	159
<b>74</b>	Die Theologische Fakultät der Universität Marburg lehnt in einem Gutachten einen »Arierparagraphen« in der Kirche ab (20. September 1933) .....	160
<b>75</b>	Die Theologische Fakultät der Universität Erlangen sieht in ihrem Gutachten judenchristliche Pfarrer als Ausnahmen (25. September 1933) .....	164
<b>76</b>	Otto Fischer: »Arische« Abstammung und evangelische Pfarrer .....	167
<b>2.8</b>	<b>Die Spaltung der Deutschen Christen</b> .....	168
<b>77</b>	Rengsdorfer Thesen der rheinischen DC fordern ein im »deutschen Volkstum verwurzelt es Christentum« (13. Oktober 1933) .....	168
<b>78</b>	Karl Barth weist die Rengsdorfer Thesen zurück (6. November 1933) .....	169
<b>79</b>	Die 28 Thesen der sächsischen Volkskirche zum inneren Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche bekennen »sich zu Blut und Rasse« (10. Dezember 1933) .....	171
<b>80</b>	Richtlinien der Thüringer Kirchenbewegung DC (Nationalkirchliche Bewegung): »Deutschland ist unsere Aufgabe, Christus ist unsere Kraft!« (11. Dezember 1933) .....	174
<b>81</b>	Rücktrittsschreiben von DC-Reichsleiter Joachim Hossenfelder (21. Dezember 1933) .....	175
<b>2.9</b>	<b>Kanzlerempfang und Eingliederungspolitik</b> .....	176
<b>82</b>	Verbot jeglicher Einflussnahme der Partei auf die kirchliche Entwicklung – eine Anordnung von Rudolf Heß (12. Januar 1934) .....	176
<b>83</b>	Landesbischof Theophil Wurm: »Der Empfang der Kirchenführer bei dem Reichskanzler in Berlin am 25. Januar 1934« .....	177
<b>84</b>	Rundschreiben Nr. 8 des Pfarrernotbundes gibt Lagebericht (26. Januar 1934) .....	179
<b>85</b>	Landesbischof Müller verordnet das Führerprinzip in der Evang. Kirche der ApU (26. Januar 1934) .....	180

<b>86</b>	Die Kirchenführer solidarisieren sich erneut mit dem Reichsbischof (27. Januar 1934) .....	181
<b>87</b>	Der Pfarrernotbund beklagt in einer Erklärung die »Kapitulation« der lutherischen Landesbischöfe (31. Januar 1934) .....	181
<b>88</b>	Runderlass des Reichsinnenministers an die Landesregierungen weist Behörden zu Neutralität in Kirchenfragen an (12. Februar 1934) .....	182
<b>89</b>	Der Reichsbischof verordnet die Eingliederung der Evang. Kirche der ApU in die DEK (1. März 1934) .....	183
<b>90</b>	Kirchengesetz über die strukturellen Veränderungen in der Evang. Kirche der ApU nach deren Eingliederung in die Reichskirche (2. März 1934) .....	183
<b>91</b>	Aufzeichnung von Landesbischof Hans Meiser über den Empfang der Landesbischöfe Meiser und Wurm bei Hitler (13. März 1934) .....	185
<b>92</b>	Ministerialdirektor August Jäger wird auf Anordnung des Reichsbischofs Rechtswalter der DEK (12. April 1934) .....	186
<b>93</b>	Württembergischer Oberkirchenrat unterrichtet die Pfarrämter über den Einbruch des Reichsbischofs in die Landeskirche (19. April 1934) .....	187
<b>94</b>	Rechtswalter Jäger stimmt mit Kirchenvertretern Fahrplan für die Eingliederung der Landeskirchen in die DEK ab (23. April 1934) .....	193
<b>95</b>	Schreiben von Reichsaußenminister Konstantin von Neurath an Reichsinnenminister Wilhelm Frick zur Lage in der Evangelischen Kirche (18. Juni 1934) .....	195
<b>96</b>	Runderlass des Reichsinnenministers: Verbot der öffentlichen Auseinandersetzung über den Kirchenstreit (9. Juli 1934) .....	198
<b>2.10</b>	<b>Die Konstituierung der Bekennenden Kirche</b> .....	198
<b>97</b>	Die erste freie reformierte Synode in Barmen-Gemarke adaptiert die von Karl Barth verfasste »Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der DEK der Gegenwart« (3./4. Januar 1934) .....	198
<b>98</b>	Erklärung der Freien evangelischen Synode im Rheinland: Zur Lehre und Ordnung der Kirche (18./19. Februar 1933) .....	203
<b>99</b>	Ulmer Erklärung: Wir sind die »rechtmäßige Evangelische Kirche Deutschlands« (22. April 1934) .....	204
<b>100</b>	Die erste Bekenntnissynode der DEK in Barmen: Erklärung zur Rechtslage (30. Mai 1934) .....	205
<b>101</b>	Die erste Bekenntnissynode der DEK in Barmen: »Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche« (31. Mai 1934) .....	206
<b>102</b>	Lutherische Theologen bekräftigen im »Ansbacher Ratschlag« die Theologie der Schöpfungsordnungen (11. Juni 1934) .....	209
<b>2.11</b>	<b>Streit um die Inhalte des Religionsunterrichts</b> .....	211
<b>103</b>	Württembergisches Kultministerium sendet deutschchristlichen Lehrplan mit der Bitte um Stellungnahme an den Evangelischen Oberkirchenrat (14. Februar 1934) .....	211
<b>104</b>	Stellungnahme des Württembergischen Oberkirchenrats zum Lehrplanentwurf des Kultministeriums (22. Februar 1934) .....	213

<b>2.12 Die Reichsbischofsdiktatur und ihr Scheitern</b> .....	215
<b>105</b> »Kirchengesetz über die Bestellung der Mitglieder der Nationalsynode« (10. Juli 1934) .....	215
<b>106</b> Die Nationalsynode legitimiert auf ihrer 2. Sitzung im »Rechtfertigungsgesetz« die Eingliederungspolitik (9. August 1934) .....	217
<b>107</b> Die Nationalsynode verfügt im »Diensteidgesetz« die Verpflichtung der Pfarrer und Kirchenbeamten zu einem Eid auf Hitler (9. August 1934) .....	217
<b>108</b> Der Reichsbruderrat bestreitet in einer Kanzelabkündigung die Rechtmäßigkeit der Nationalsynode (12. August 1934) .....	218
<b>109</b> Rechtswalter Jäger erzwingt die Eingliederung der Württembergischen Landeskirche in die DEK – ein Bericht (September 1934) .....	219
<b>110</b> Präsidialkanzlei weist den Einspruch von Landesbischof Theophil Wurm gegen die Eingliederung zurück (11. September 1934) .....	221
<b>111</b> Der Geistliche Kommissar für die Württembergische Landeskirche, Eberhard Krauß, rechtfertigt gegenüber den württembergischen Pfarrern die Eingliederung (15. September 1933) .....	222
<b>112</b> Der Reichsbruderrat protestiert vehement gegen das Vorgehen der Reichskirchenregierung (18. September 1934) .....	223
<b>113</b> Reichsaußenminister Konstantin von Neurath moniert gegenüber dem Reichsbischof die außenpolitischen Folgen der Eingliederungspolitik (20. September 1934) .....	224
<b>114</b> Bericht über die Amtseinsetzung von Reichsbischof Müller und die zweite Reichstagung der Glaubensbewegung DC (21./22. September 1934) .....	225
<b>115</b> Die neuformierte württembergische Landessynode setzt Landesbischof Wurm ab (9. Oktober 1934) .....	227
<b>116</b> Bericht über die erzwungene Eingliederung der Bayerischen Landeskirche in die Reichskirche (11. Oktober 1934) .....	227
<b>117</b> Dokumentation der Rehabilitierung der süddeutschen Bischöfe und des Rücktrittes von Rechtswalter Jäger (Oktober 1934) .....	228
<b>118</b> Der Reichsinnenminister verbietet die Berichterstattung über die Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche (6. November 1934) .....	230
<b>2.13 Die Dahlemer Bekenntnissynode und die 1. Vorläufige Kirchenleitung</b> .....	230
<b>119</b> Die 2. Bekenntnissynode der DEK ruft in Berlin-Dahlem das »kirchliche Notrecht« aus und bildet eine Kirchenleitung (19. bis 20. Oktober 1934) .....	230
<b>120</b> Kirchenvertreter und kirchliche Verbände fordern Reichsbischof Müller zum Rücktritt auf (6. November 1934) .....	232
<b>121</b> Reichsbischof Müller weist in einem Wort an die Gemeinden und Pfarrer die Rücktrittsforderungen zurück (8. November 1934) .....	234
<b>122</b> Einsetzung einer Vorläufigen Kirchenleitung für die DEK (22. November 1934) .....	235
<b>123</b> Kundgebung der Vorläufigen Kirchenleitung der DEK zur Frage des staatlichen Eides (6. Dezember 1934) .....	236
<b>124</b> Verbot öffentlicher kirchlich-konfessioneller Veranstaltungen und Kundgebungen durch den Preußischen Ministerpräsidenten und Chef der Geheimen Staatspolizei Hermann Göring (7. Dezember 1934) .....	237

	125 Die Landeskirchen von Bayern, Hannover und Württemberg vereinbaren einen »Lutherischen Pakt« (12. Februar 1935) . . . . .	237
<b>2.14</b>	<b>Ökumenische Initiativen 1934</b> . . . . .	240
	126 Bischof George Bell bringt in einem Schreiben an Reichsbischof Müller den »schweren Kummer« der ausländischen Kirchen über die Entwicklungen in Deutschland zum Ausdruck (18. Januar 1934) . . . . .	240
	127 Der schwedische Erzbischof Erling Eidem berichtet über sein Gespräch mit Hitler (2. Mai 1934) . . . . .	241
	128 Bischof George Bell drückt in einer Botschaft an Vertreter der Ökumene seine Besorgnis über die Zustände in der DEK aus (Himmelfahrt, 10. Mai 1934) . . . . .	244
	129 Entschließungen des Ökumenischen Rats für Praktisches Christentum zur kirchlichen Lage in Deutschland anlässlich seiner Tagung in Fanø (30. August 1934) . . . . .	246
<b>2.15</b>	<b>Glaubenszeugnisse</b> . . . . .	247
	130 Pfarrer Paul Schneider unterrichtet seinen Superintendenten über einen Zusammenstoß mit dem Kreisleiter der NSDAP (12. Juni 1934) . . . . .	247
	131 Pfarrer Paul Schneider wendet sich an den Kreisleiter der NSDAP wegen des Eklats auf dem Friedhof (13. Juni 1934) . . . . .	248

## KAPITEL 3

### Kirche zwischen Anpassung und Widerspruch (1935–1939)

#### Einleitung

3.1	Die neue staatliche Kirchenpolitik: Einrichtung eines Kirchenministeriums . . . . .	253
3.2	Die Bekennende Kirche unter der Vorläufigen Kirchenleitung . . . . .	254
3.3	Die staatlichen Kirchengremien . . . . .	255
3.4	Die Spaltung der Bekennenden Kirche . . . . .	256
3.5	Die Entwicklung der deutschchristlichen Bewegung . . . . .	259
3.6	Neuheidnische Gruppen und nationalsozialistische Ersatzreligion . . . . .	261
3.7	Christen und Juden angesichts der Nürnberger Rassegesetze . . . . .	263
3.8	Glaubenszeugnisse . . . . .	266
3.9	Die Ablösung der Bekenntnisschule durch die »Deutsche Volksschule« . . . . .	267
3.10	Hitlers Wahlerlass und die Folgen . . . . .	268
3.11	Zunehmender staatlicher Druck auf die Kirche und letzte Versuche von Kirchenminister Kerrl zu einer Neuordnung der DEK . . . . .	271
3.12	Christen und Juden: Pogromnacht und Hilfe für »nichtarische« Christen . . . . .	275
3.13	Ökumenische Interventionen . . . . .	279
<b>3.1</b>	<b>Die neue staatliche Kirchenpolitik: Einrichtung eines Kirchenministeriums</b> . . . . .	281
	132 Staatssekretär Wilhelm Stuckart schlägt in einer Denkschrift für den Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers eine verschärfte Aufsicht des Staates über die Kirchen vor (20./21. Januar 1935) . . . . .	281
	133 Pressebericht: »Deutsche« oder »Christliche« Morgenfeiern im Rundfunk? (24. Februar 1935) . . . . .	289

<b>134</b>	Gesetz über die Vermögensverwaltung in den Evangelischen Landeskirchen ermöglicht Einrichtung von Finanzabteilungen (11. März 1935)	290
<b>135</b>	Gesetz über das Beschlussverfahren in Rechtsangelegenheiten der Evangelischen Kirche: die Kirche betreffende Rechtsstreitigkeiten werden nicht mehr vor ordentlichen Gerichten entschieden (26. Juni 1935)	291
<b>136</b>	Reichsinnenminister Wilhelm Frick proklamiert in einer Rede die »Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens« (7. Juli 1935)	292
<b>137</b>	Reichsgesetz verkündigt Bildung eines Kirchenministeriums mit Hanns Kerrl als Minister (16. Juli 1935)	294
<b>138</b>	»Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche«: »Ermächtigungsgesetz« für den Reichskirchenminister (24. September 1935)	294
<b>3.2</b>	<b>Die Bekennende Kirche unter der Vorläufigen Kirchenleitung</b>	295
<b>139</b>	VKL und Reichsbruderrat verständigen sich in der »Magdeburger Einung« auf die weitere Zusammenarbeit (7. März 1935)	295
<b>140</b>	Vereinbarung klärt Verhältnis zwischen VKL und Bekenntnissynode der DEK und ermöglicht Rückkehr von Hermann Albert Hesse, Karl Immer und Martin Niemöller in den Reichsbruderrat (16. Mai 1935)	296
<b>141</b>	Die in Augsburg tagende 3. Bekenntnissynode der DEK klärt das Verhältnis von Bekenntnissynode, Reichsbruderrat und VKL (6. Juni 1935)	297
<b>142</b>	Die 3. Bekenntnissynode der DEK weist den Vorwurf der politischen Opposition in einem Wort an die Obrigkeit zurück (6. Juni 1935)	297
<b>143</b>	Karl Barth bezweifelt gegenüber Pfarrer Hermann Hesse, dass die NS-Regierung ein »Rechtsstaat im Sinne von Röm 13« sei (30. Juni 1935)	298
<b>144</b>	Martin Niemöller berichtet über die Unterstützungstätigkeit des Pfarrernotbundes (28. November 1935)	300
<b>3.3</b>	<b>Die staatlichen Kirchengremien</b>	301
<b>145</b>	Das Reichskirchenministerium bildet Reichs- und Landeskirchengremien: 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der DEK (3. Oktober 1935)	301
<b>146</b>	Der Reichskirchengremienrat und der Landeskirchengremienrat für die Evang. Kirche der ApU stellen sich der Öffentlichkeit vor (17. Oktober 1935)	303
<b>147</b>	Präses Paul Humburg bestreitet in einem Gutachten für die VKL die Rechtmäßigkeit der Kirchengremien (26. November 1935)	304
<b>148</b>	5. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der DEK: Verbot kirchenleitender Tätigkeit für die BK (2. Dezember 1935)	307
<b>149</b>	Der Reichskirchengremienrat bildet beratende Kammern (13. Dezember 1935)	308
<b>150</b>	Die VKL, die Bischöfe der »intakten« Landeskirchen und Leiter von Bruderräten protestieren gegenüber dem Reichskirchengremienrat gegen die 5. DVO (19. Dezember 1935)	309
<b>151</b>	Die VKL weist die Beschränkung ihrer Tätigkeit durch den Reichskirchengremienrat zurück (29. Januar 1936)	311
<b>152</b>	Landeskirchenführer fordern vom Reichskirchenminister klare Kompetenzen für den Reichskirchengremienrat (20. November 1936)	314

	<b>153</b> Der Reichskirchenausschuss nimmt gegenüber dem Reichskirchenminister Stellung zur kirchlichen Lage in Lübeck (7. Dezember 1936) . . . . .	316
	<b>154</b> Rücktrittserklärung des Reichskirchenausschusses (12. Februar 1937) . . .	318
	<b>155</b> Der Reichskirchenminister legt vor Kirchenvertretern in einer programmatischen Rede seine weiteren Pläne im Blick auf die evangelische Kirche dar (13. Februar 1937) . . . . .	321
<b>3.4</b>	<b>Die Spaltung der Bekennenden Kirche</b> . . . . .	325
	<b>156</b> Der Reichsbruderrat konstatiert die »Arbeitsunfähigkeit« der VKL (3. Januar 1936) . . . . .	325
	<b>157</b> Die VKL bedauert den Beschluss des Reichsbruderrats (4. Januar 1936) . .	326
	<b>158</b> Die 4. Bekenntnissynode der DEK in Bad Oeynhausen lehnt in einem Beschluss die Kirchenausschüsse ab (17. bis 22. Februar 1936) . . . . .	328
	<b>159</b> Beschluss zur Bildung einer geistlichen Leitung für die lutherischen Kirchen und Gemeinden der BK (11. März 1936) . . . . .	331
	<b>160</b> Wort der 2. Vorläufigen Kirchenleitung anlässlich ihrer Amtsübernahme (18. März 1936) . . . . .	332
	<b>161</b> Der Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Lutherrat) skizziert sein Programm (März 1936) . . . . .	336
	<b>162</b> Die 2. VKL kritisiert die Gründung des Lutherrats (25. März 1936) . . . . .	337
	<b>163</b> Denkschrift der »radikalen« BK an Hitler (28. Mai 1936) . . . . .	340
	<b>164</b> Die 2. VKL rückt von der »Anerkennung« des Reichskirchenausschusses durch die Landesbischöfe von Bayern, Hannover und Württemberg nachdrücklich ab (30. November 1936) . . . . .	347
	<b>165</b> Statistik des Pfarrernotbundes (28. Dezember 1936) . . . . .	349
	<b>166</b> Der Deutsche Lutherische Tag lehnt Bekenntnischarakter der Barmer Theologischen Erklärung ab (17. Februar 1937) . . . . .	350
	<b>167</b> »Grundbestimmungen des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands« (21. Oktober 1937) . . . . .	351
<b>3.5</b>	<b>Die Entwicklung der deutschchristlichen Bewegung</b> . . . . .	354
	<b>168</b> Abkommen zwischen Reichsbewegung DC und Kirchenbewegung DC über künftige Zusammenarbeit (13. Juli 1935) . . . . .	354
	<b>169</b> Drei deutschchristliche Gruppen schließen sich zu einem »Führerring« zusammen (24. März 1936) . . . . .	355
	<b>170</b> Deutsche Gottesworte – Ludwig Müller »verdeutschte« die Bergpredigt (März 1936) . . . . .	356
	<b>171</b> Ordnung des »Bundes für Deutsches Christentum« (6. November / 26. Oktober 1936) . . . . .	359
	<b>172</b> Das neue Programm der »Deutschen Christen (Nationalkirchliche Bewegung)« (14. Juli 1937) . . . . .	361
	<b>173</b> DC-»Glaubensbekenntnis« für mecklenburgische Konfirmanden (Ostern – 17. April 1938) . . . . .	363
<b>3.6</b>	<b>Neuheidnische Gruppen und nationalsozialistische Ersatzreligion</b> . . . . .	363
	<b>174</b> Die in Berlin-Dahlem tagende Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU warnt die Gemeinden vor dem Neuheidentum (4./5. März 1935) . . . . .	363

<b>175</b>	Interview des »Pforzheimer Anzeigers« mit dem Gründer der Deutschen Glaubensbewegung Wilhelm Hauer (25. Juni 1935)	365
<b>176</b>	Die neuen Grundsätze der Deutschen Glaubensbewegung (15. Oktober 1936)	367
<b>177</b>	Anleitung für die Gestaltung einer SS-Namensweihe	368
<b>178</b>	»Kassler Gremium« weist Alfred Rosenbergs Buch »Protestantische Rompilger« zurück (31. Oktober 1937)	369
<b>3.7</b>	<b>Christen und Juden angesichts der Nürnberger Rassegesetze</b>	372
<b>179</b>	Marga Meusel: Denkschrift über die Aufgaben der BK an den evangelischen »Nichtariern« (10. Mai 1935)	372
<b>180</b>	Reichserziehungsminister Bernhard Rust verfügt per Erlass Rassentrennung in der Schule (10. September 1935)	376
<b>181</b>	Denkschrift »Zur Lage der deutschen Nichtarier« verfasst von Elisabeth Schmitz (Mitte September 1935)	377
<b>182</b>	Reichsbürgergesetz (15. September 1935)	386
<b>183</b>	Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (15. September 1935)	386
<b>184</b>	Getaufte Juden sind vollgültige Glieder der Kirche – eine Vorlage von Ernst Wolf für die 3. Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU in Berlin-Steglitz (23.–26. September 1935)	388
<b>185</b>	Die 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz legt fest, wer »Jude« und wer »Mischling« ist (14. November 1935)	389
<b>186</b>	Die Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden wehrt sich gegenüber dem Berliner Polizeipräsidenten gegen die angeordnete Auflösung (Mai 1936)	391
<b>187</b>	Die 2. VKL ruft die angeschlossenen Kirchenregierungen und Landesbruderräte zur Solidarität mit den »nichtarischen« Kirchengliedern auf (24. Juni 1936)	392
<b>188</b>	Superintendent Martin Albertz von der 2. VKL verwendet sich bei Reichserziehungsminister Rust für »nichtarische« Schüler (1. Juli 1936)	393
<b>189</b>	Vikarin Klara Hunsche berichtet über die Schulprobleme »nichtarischer« Familien (30. September 1937)	393
<b>3.8</b>	<b>Glaubenszeugnisse</b>	394
<b>190</b>	Pfarrer Paul Schneider begründet gegenüber seiner Gemeinde die Ablehnung des Glockengeläuts zur Volksabstimmung (29. März 1936)	394
<b>191</b>	Fürbittenliste der BK (20. April 1937)	395
<b>192</b>	Kanzelabkündigung des Bruderrates der Evang. Kirche der ApU zur Verhaftung von Martin Niemöller (2. Juli 1937)	396
<b>193</b>	Die Gestapo begründet gegenüber dem Reichskirchenministerium die Schutzhaft für Paul Schneider (17. August 1937)	396
<b>194</b>	Kanzelabkündigung der 2. VKL zum Ausgang des Prozesses gegen Martin Niemöller (13. März 1938)	397
<b>195</b>	Fürbittenliste der Evangelischen Bekenntnissynode im Rheinland (15. September 1938)	399

196	Die DC-Kirchenleitung der Rheinprovinz und die Gestapo arbeiten im »Fall Schneider« eng zusammen – ein Aktenvermerk (2. Mai 1939) . . . . .	399
197	Der Mitgefangene Walter Poller berichtet über den Tod von Pfarrer Paul Schneider im KZ Buchenwald (1960) . . . . .	401
<b>3.9</b>	<b>Die Ablösung der Bekenntnisschule durch die »Deutsche Volksschule«</b> . . . . .	<b>405</b>
198	Protest des Evangelischen Oberkirchenrats in Stuttgart gegen die Einführung der »deutschen Gemeinschaftsschule« in Württemberg (11. Februar 1936) . . . . .	405
199	Erklärung der in Bad Oeynhausen tagenden 4. Bekenntnissynode der DEK zur Schulfrage (22. Februar 1936) . . . . .	407
200	Führende Kirchenvertreter stellen Eltern in einem in Stuttgart verteilten Flugblatt die Wahl der Schulform frei (9. April 1936) . . . . .	411
201	Die württembergische Sozietät protestiert gegen die Nachgiebigkeit der württembergischen Kirchenleitung in der Frage der Schulform (3. Juni 1936) . . . . .	412
202	Die oldenburgische Regierung verbietet Kreuze und Lutherbilder in Schulräumen (4. November 1936) . . . . .	413
203	Flugblatt der rheinischen BK warnt Eltern vor der Gemeinschaftsschule (wohl 1937) . . . . .	414
204	Lutherrat analysiert in einer Denkschrift schonungslos den Stand des Religionsunterrichts und fordert Konsequenzen (21. Juli 1939) . . . . .	416
<b>3.10</b>	<b>Hitlers Wahlerlass und die Folgen</b> . . . . .	<b>423</b>
205	Hitler ordnet Neuwahlen für die Einberufung einer Generalsynode der DEK an (15. Februar 1937) . . . . .	423
206	Kundgebung des Lutherrats zur geplanten Kirchenwahl (23. Februar 1937) . . . . .	424
207	Die Reichsbewegung DC fordert in einer EntschlieÙung zur Wahl Neubau der Kirche (25. Februar 1937) . . . . .	426
208	Wort des Reichsbruderrats zum Wahlerlass (9. März 1937) . . . . .	427
209	Mitteilung über die Gründung eines Arbeitsausschusses der 2. VKL und des Lutherrats angesichts der anstehenden Kirchenwahl (11. März 1937) . . . . .	429
210	13. DVO: Nur der Leiter der Kirchenkanzlei und die im Amt befindlichen Kirchenleitungen dürfen Leitungsbefugnisse wahrnehmen (20. März 1937) . . . . .	430
211	Der Leiter der Kirchenführerkonferenz, Landesbischof August Marahrens, protestiert bei Reichskirchenminister Kerrl gegen die 13. DVO (8. April 1937) . . . . .	431
212	Aufruf des Wittenberger Bundes (23. Juni 1937) . . . . .	434
213	15. DVO: Einrichtung von Finanzabteilungen für alle Kirchen der DEK und damit faktische Entmündigung der Kirchen in Finanzfragen (25. Juni 1937) . . . . .	436
214	Das »Kassler Gremium« stellt sich durch ein Wort an die Gemeinden vor (11. Juli 1937) . . . . .	439
215	Erlass Heinrich Himmlers verfügt die Auflösung der Ausbildungsstätten der BK (29. August 1937) . . . . .	440
216	17. DVO: Übertragung der Kirchenleitung auf den jeweiligen Leiter der obersten Verwaltungsbehörden (10. Dezember 1937) . . . . .	440

<b>3.11 Zunehmender staatlicher Druck auf die Kirche und letzte Versuche von Kirchenminister Kerrl zu einer Neuordnung der DEK</b> .....	442
<b>217</b> Richtlinien für Aufnahme neuer Mitglieder in die NSDAP unterbinden faktisch die Aufnahme kirchlich engagierter Antragsteller (20. April 1937) .....	442
<b>218</b> Wort der 2. VKL zur kirchlichen Lage beklagt zunehmende Unterdrückung der Kirche (Januar 1938) .....	442
<b>219</b> Evangelische Kirche Österreichs dankt dem »Führer« in einer Kanzelabkündigung für den »Anschluß« Österreichs (20. März 1938) .....	445
<b>220</b> Evang. Kirche der ApU fordert Treueid der Geistlichen und Kirchenbeamten auf Hitler (20. April 1938) .....	446
<b>221</b> Reichskirchenministerium verbietet Kollekten zugunsten der BK (9. Juli 1938) .....	447
<b>222</b> Reichsleiter Martin Bormann erklärt gegenüber Gauleitern den kirchlichen Treueid auf Hitler für belanglos (13. Juli 1938) .....	447
<b>223</b> Zweite Tagung der 6. Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU erklärt Ableistung des Treueids durch die Pfarrer für möglich (31. Juli 1938) .....	448
<b>224</b> Karl Barth kritisiert in einem offenen Brief an die Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU deren Beschluss zur Eidesfrage in aller Schärfe (6. August 1938) .....	450
<b>225</b> Pfarrernotbund gibt Mitgliederzahlen und finanzielle Lage bekannt (6. August 1938) .....	453
<b>226</b> Karl Barth solidarisiert sich gegenüber Josef Hromádka mit dem Kampf des tschechischen Volkes gegen Hitlerdeutschland (19. September 1938) .....	454
<b>227</b> Gebetsliturgie der 2. VKL angesichts drohender Kriegsgefahr (27. September 1938) .....	455
<b>228</b> SS-Zeitung »Das Schwarze Korps« greift die Verantwortlichen für die Gebetsliturgie scharf an (27. Oktober 1938) .....	458
<b>229</b> 2. VKL distanziert sich von Karl Barth wegen dessen Brief an Josef Hromádka (28. Oktober 1938) .....	459
<b>230</b> Vier Landesbischöfe distanzieren sich von der Gebetsliturgie der 2. VKL und deren Verfassern (29. Oktober 1938) .....	461
<b>231</b> Reichskirchenminister Kerrl legt »Oktober-Programm« zur Befriedung der Evangelischen Kirche vor (Oktober 1938) .....	461
<b>232</b> Die Konferenz der Landesbruderräte solidarisiert sich mit den Verfassern der Gebetsliturgie (2. November 1938) .....	463
<b>233</b> Wort des Kirchentages der BK (10. bis 12. Dezember 1938) .....	463
<b>234</b> Kirchenpräsident Erich Wehrenfennig begrüßt in einem Aufruf an die deutschen evangelischen Gemeinden im Sudetengau die Eingliederung nach »Großdeutschland« (30. Januar 1939) .....	465
<b>235</b> »Deutsche Christen« und Vertreter der »Mitte« betonen in der »Godesberger Erklärung« Gleichklang von Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung (25./26. März 1939) .....	466
<b>236</b> DC-Landeskirchenleiter nehmen zustimmend von »Godesberger Erklärung« Kenntnis (4. April 1939) .....	467

<b>237</b>	DEK grüßt Hitler zum 50. Geburtstag überschwänglich (14. April 1939) . . .	469
<b>238</b>	Reichskirchenminister Hanns Kerrl legt »Grundsätze« für eine Neuordnung der DEK vor (26. Mai 1939) . . . . .	470
<b>239</b>	Kirchenführerkonferenz modifiziert die »Grundsätze« von Reichskirchenminister Kerrl (31. Mai 1939) . . . . .	471
<b>240</b>	Konferenz der Landesbruderräte weist »Godesberger Erklärung« zurück (Sommer 1939) . . . . .	472
<b>3.12</b>	<b>Christen und Juden: Pogromnacht und Hilfe für »nichtarische« Christen</b> . . . . .	477
<b>241</b>	Verordnung über die Führung der Zwangsnamen »Sara« und »Israel« (17. August 1938) . . . . .	477
<b>242</b>	Das Johannesstift Spandau erbittet vom Central-Ausschuss für Innere Mission klare Richtlinien für die Aufnahme von »nichtarischen« Christen (21. Oktober 1938) . . . . .	479
<b>243</b>	Heinrich Grüber regt bei Fritz von Bodelschwingh Hilfsmaßnahmen für »nichtarische« Christen an (12. November 1938) . . . . .	480
<b>244</b>	Der einem SA-Führer telephonisch in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 übermittelte Befehl zum Pogrom . . . . .	481
<b>245</b>	Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit (12. November 1938) . . . . .	481
<b>246</b>	Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (12. November 1938) . . . . .	482
<b>247</b>	Ein Erlass des Reichserziehungsministeriums verfügt den Ausschluss aller »nichtarischer« Kinder aus »deutschen« Schulen (15. November 1938) . .	483
<b>248</b>	Pfarrer Julius von Jan verurteilt in seiner Bußtagspredigt den Judenpogrom (16. November 1938) . . . . .	484
<b>249</b>	Landesbischof Wurm ersucht den Lutherrat, gegen die Niederlegung des Religionsunterrichts durch zahlreiche Lehrer zu protestieren (17. November 1938) . . . . .	486
<b>250</b>	Der sächsische Landesbischof Martin Sasse begrüßt im Vorwort seines Pamphlets »Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!« den Brand der Synagogen (23. November 1938) . . . . .	486
<b>251</b>	Landesbischof Wurm distanziert sich gegenüber Reichsjustizminister Franz Gürtner von den Juden und beklagt zugleich die Brutalität des Pogroms (6. Dezember 1938) . . . . .	487
<b>252</b>	Der Kirchentag der BK ruft die Gemeinden zur Solidarität mit den Judenchristen auf (Advent 1938) . . . . .	489
<b>253</b>	Vikarin Klara Hunsche informiert alle Berliner Pfarrer über die Einrichtung einer Familienschule für judenchristliche Kinder (Dezember 1938) . . . . .	490
<b>254</b>	Vikarin Klara Hunsche legt 1949 Rechenschaft über die »Familienschule Oranienburger Straße« ab . . . . .	491
<b>255</b>	In einem Schreiben an das Reichsinnenministerium ordnet Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan an, die Auswanderung der Juden »mit allen Mitteln« zu fördern (24. Januar 1939) . . . . .	492
<b>256</b>	Die Thüringer Kirche isoliert durch ein Gesetz ihre judenchristlichen Mitglieder und verbietet Neuaufnahmen (10. Februar 1939) . . . . .	492

<b>257</b>	Die Konferenz der Landesbrüdererräte lehnt die Haltung deutschchristlicher Kirchenleitungen gegenüber »nichtarischen« Kirchengliedern ab (14. April 1939) . . . . .	493
<b>258</b>	Werbefbeschreiben des am 6. Mai 1939 eröffneten Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben . . . . .	494
<b>259</b>	Der Evangelische Oberkirchenrat der Evang. Kirche der ApU fordert einen »Ariernachweis« für Pfarramtsbewerber (12. Mai 1939) . . . . .	495
<b>260</b>	Vertrauensstellen des Büros Pfarrer Grüber – Stand 17. Mai 1939 . . . . .	496
<b>261</b>	Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz verfügt Zwangsmitgliedschaft aller Juden in einer Reichsvereinigung (4. Juli 1939) . . . . .	496
<b>262</b>	Statistische Angaben: Juden und »Judenmischlinge« im Deutschen Reich 1933 und 1939 . . . . .	499
<b>3.13</b>	<b>Ökumenische Interventionen</b> . . . . .	500
<b>263</b>	Die in Oxford versammelte »Weltkonferenz für praktisches Christentum« unterstützt in einer Botschaft an die DEK den Kampf der BK (19. Juli 1937) . . . . .	500
<b>264</b>	Weltkirchenkonferenz in Oxford regt die Gründung eines Ökumenischen Rates der Kirchen an (22. Juli 1937) . . . . .	501
<b>265</b>	Appell ökumenischer Organisationen an die Kirchen, sich für die Aufnahme verfolgter »Nichtarier« einzusetzen (16. November 1938) . . . . .	503
<b>266</b>	Der Ökumenische Rat der Kirchen wendet sich gegen die »Godesberger Erklärung« (2. Mai 1939) . . . . .	504

## KAPITEL 4

### Die Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg (1939–1945)

#### Einleitung

4.1	Die Bekennende Kirche in der Kriegszeit . . . . .	510
4.2	Der »Geistliche Vertrauensrat« . . . . .	511
4.3	Die Kirchenführerkonferenz . . . . .	512
4.4	Die Deutschen Christen im Krieg . . . . .	513
4.5	Antichristliche Propaganda und Zurückdrängung des Religionsunterrichts . . . . .	513
4.6	Der Reichsgau »Wartheland« als nationalsozialistischer Modellgau . . . . .	515
4.7	Die Stimme von Landesbischof Theophil Wurm . . . . .	516
4.8	Der Ökumenische Rat der Kirchen im Krieg . . . . .	517
4.9	Das Kirchliche Einigungswerk . . . . .	518
4.10	Die Wehrmachtseelsorge . . . . .	519
4.11	Die evangelische Kirche und das nationalsozialistische »Euthanasie«-Programm . . . . .	520
4.12	Zwangsarbeit in Anstalten der Inneren Mission . . . . .	522
4.13	Christen und Juden angesichts der Shoa . . . . .	523
4.14	Glaubenszeugnisse und Widerstand . . . . .	525
4.15	Die Auseinandersetzung um die Position der Theologin . . . . .	526

<b>4.1</b>	<b>Die Bekennende Kirche in der Kriegszeit</b> . . . . .	529
<b>267</b>	»Richtlinien für die evangelische Verkündigung im Krieg« – Bekanntmachung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 30. Oktober 1939 . . . . .	529

<b>268</b>	Lagebericht vor der 10. Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU zur Jahreswende 1941/42 beklagt tiefgreifende Entchristlichung Deutschlands	535
<b>269</b>	Weisung des Bruderrates der Evang. Kirche der ApU zum Umgang mit den Kirchenbehörden (23. April 1942)	544
<b>4.2</b>	<b>Der »Geistliche Vertrauensrat«</b>	545
<b>270</b>	Bekanntgabe der Gründung eines »Geistlichen Vertrauensrates« (31. August 1939)	545
<b>271</b>	Hitlers Rede im Reichstag anlässlich des Kriegsbeginns (1. September 1939)	546
<b>272</b>	Aufruf des »Geistlichen Vertrauensrates« anlässlich des Kriegsbeginns beschwört schicksalhafte Verbundenheit von Kirche und Volk (2. September 1939)	548
<b>273</b>	Kanzelabkündigung des »Geistlichen Vertrauensrates« zum Erntedankfest 1939 dankt für schnellen Sieg im Polenfeldzug (1. Oktober 1939)	549
<b>274</b>	Der »Führer« ruft einen »Burgfrieden« im Verhältnis des Staates und der Partei zur Kirche aus (24. Juli 1940)	550
<b>275</b>	Telegramm des »Geistlichen Vertrauensrates« an den »Führer« zum Beginn des Russlandfeldzuges unterstützt Kampf gegen den Bolschewismus (30. Juni 1941)	550
<b>4.3</b>	<b>Die Kirchenführerkonferenz</b>	551
<b>276</b>	Denkschrift der Kirchenführerkonferenz an Hitler fordert Rechtssicherheit für Kirche (9. Dezember 1941)	551
<b>277</b>	Landesbischof Wurm beklagt gegenüber Hitler »unheilvollen Kulturkampf« der Partei gegen die Kirche mitten im Krieg (2. März 1942)	553
<b>278</b>	Kirchenführerkonferenz informiert Pfarrer und kirchliche Vertretungen über vergebliche Eingaben der Kirche beim Staat (Sommer 1942)	554
<b>4.4</b>	<b>Die Deutschen Christen im Krieg</b>	556
<b>279</b>	Pfarrer Karl Dungs beschreibt in einem Vortrag den Auftrag der Deutschen Christen im Krieg (22./23. Juli 1941)	556
<b>280</b>	Thüringer Deutsche Christen bekennen sich »bedingungslos zum Führer und zu Deutschland« (10. August 1941)	561
<b>4.5</b>	<b>Antichristliche Propaganda und Zurückdrängung des Religionsunterrichts</b>	563
<b>281</b>	Landesbischof Wurm protestiert beim Reichserziehungsministerium gegen die Werbung für den Weltanschauungsunterricht (8. Dezember 1938)	563
<b>282</b>	Der württembergische Oberkirchenrat warnt evangelische Eltern vor dem Weltanschauungsunterricht (16. März 1939)	563
<b>283</b>	Das Reichserziehungsministerium beschränkt per Erlass die Erteilung des Religionsunterrichts (20. März 1940)	565
<b>284</b>	Geheimes Rundschreiben des Leiters der Parteikanzlei, Martin Bormann, an alle Gauleiter erklärt nationalsozialistische und christliche Auffassung für unvereinbar (9. Juni 1941)	565

	<b>285</b> In einer Tischrede bezeichnet Hitler die Lösung des Kirchenproblems als seine »letzte Lebensaufgabe« nach dem Krieg (13. Dezember 1941) . . . . .	568
	<b>286</b> »Wir sind die fröhliche Hitlerjugend« (1934) . . . . .	569
	<b>287</b> Hitler-Jugend: Zehn Punkte gegen die christliche Lehre . . . . .	569
	<b>288</b> Kirchenkanzlei der DEK protestiert bei Reichserziehungsminister Bernhard Rust gegen die Streichung der Note für den Religionsunterricht aus den Zeugnissen (24. September 1941) . . . . .	571
<b>4.6</b>	<b>Der Reichsgau »Wartheland« als nationalsozialistischer Modellgau</b> . . . . .	572
	<b>289</b> Generalsuperintendent Paul Blau dankt in einem Grußwort an die Gemeinden überschwänglich für die »Befreiung« von Posen/Westpreußen (September 1939) . . . . .	572
	<b>290</b> Der Oberkirchenrat der Evang. Kirche der ApU begrüßt die evangelischen Christen aus Posen und Westpreußen anlässlich ihrer »Wiedereingliederung ins Reich« (Herbst 1939) . . . . .	573
	<b>291</b> Verordnung von Reichsstatthalter Arthur Greiser: 13 Punkte zur Trennung von Kirche und Staat im Warthegau (14. März 1940) . . . . .	574
	<b>292</b> Evangelischen Kirche im Warthegau protestiert gegen die antikirchlichen Maßnahmen des Reichsstatthalters (18. Januar 1941) . . . . .	575
	<b>293</b> Schreiben des Reichsstatthalters: Massive Beschränkung des kirchlichen Unterrichts (19. August 1941) . . . . .	577
<b>4.7</b>	<b>Die Stimme von Landesbischof Theophil Wurm</b> . . . . .	578
	<b>294</b> Landesbischof Wurm protestiert bei Reichsstellen gegen das Verbot der kirchlichen Presse (30. Mai 1941) . . . . .	578
	<b>295</b> Landesbischof Wurm richtet an Propagandaminister Joseph Goebbels ein »Offenes Wort« (1. April 1942) . . . . .	580
	<b>296</b> Wort von Landesbischof Wurm an Stuttgarter Pfarrer bekennt Schuld des deutschen Volkes (9. August 1943) . . . . .	582
	<b>297</b> Der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, untersagt Landesbischof Wurm weitere Interventionen bei Partei- und Reichsstellen (3. März 1944) . . . . .	584
<b>4.8</b>	<b>Der Ökumenische Rat der Kirchen im Krieg</b> . . . . .	586
	<b>298</b> Der Vorläufige Ausschusses des ÖRK skizziert seine Aufgaben in Kriegszeit (4. September 1939) . . . . .	586
	<b>299</b> BK-Pfarrer Hans Asmussen bekennt sich in einem Schreiben gegenüber Generalsekretär Willem A. Visser't Hooft zur Schuld der Christen (13. Dezember 1942) . . . . .	591
	<b>300</b> Generalsekretär Willem A. Visser't Hooft: »Die Nachkriegsaufgaben des Weltrates der Kirchen« (Mai 1943) . . . . .	593
<b>4.9</b>	<b>Das Kirchliche Einigungswerk</b> . . . . .	595
	<b>301</b> Landesbischof Wurm ruft evangelische Pfarrer zur Einigung auf (Dezember 1941) . . . . .	595
	<b>302</b> Landesbischof Wurm publiziert als Basis des Einigungswerkes »13 Sätze über Auftrag und Dienst der Kirche« (April 1943) . . . . .	596
	<b>303</b> Landesbischof Wurm informiert die Unterzeichner der »13 Sätze« über den Stand des Einigungswerkes (1. Oktober 1943) . . . . .	599

<b>4.10 Die Wehrmachtseelsorge</b> .....	603
<b>304</b> Merkblatt des Oberkommandos des Heeres für die Feldseelsorge (21. August 1939) .....	603
<b>305</b> Kirchenkanzlei ruft Gemeinden auf, Kontakt mit ihren eingezogenen Mitgliedern zu halten (27. September 1939) .....	606
<b>306</b> Landesbischof Wurm grüßt die »ausmarschierten Geistlichen« (Dezember 1939) .....	607
<b>307</b> Bericht über einen Feldgottesdienst im Straßburger Münster am 30. Juni 1940 .....	608
<b>308</b> Reichskirchenministerium verbietet durch einen Erlass Verteilung religiöser Schriften an Wehrmachtsangehörige durch zivile Stellen (12. Juli 1940) .....	610
<b>309</b> Tätigkeitsbericht von Kriegspfarrer Otto Mohr für den württembergischen Oberkirchenrat (12. November 1940) .....	611
<b>310</b> Oberkommando der Wehrmacht ordnet die Trennung militärischer von religiösen Feiern an (15. März 1941) .....	616
<b>311</b> Verbot der Wehrmachtseelsorge bei bestimmten Divisionen (16. März 1942) .....	617
<b>312</b> Revidierte Richtlinien erschweren die Durchführung der Feldseelsorge (24. Mai 1942) .....	617
<b>313</b> Oberkommando der Wehrmacht untersagt weitere Zuweisung von Kriegspfarrern (10. Oktober 1942) .....	619
<b>314</b> Landesbischof Wurm unterrichtet ausmarschierte Geistliche über die Lage in der Heimat (1. Advent 1944) .....	619
<b>4.11 Die evangelische Kirche und das nationalsozialistische »Euthanasie«- Programm</b> .....	620
<b>315</b> Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 .....	620
<b>316</b> Geheimbefehl Hitlers ermächtigt zur Ermordung »unheilbar Kranker« (Oktober 1939 / rückdatiert auf 1. September 1939) .....	624
<b>317</b> Reichsärzteführer Leonardo Conti fordert Anstalten auf, Meldebogen für Kranke auszufüllen (9. Oktober 1939) .....	624
<b>318</b> Landrat Richard Alber von Münsingen beschlagnahmt das Heim der Samariterstiftung in Grafeneck (14. Oktober 1939) .....	627
<b>319</b> Württembergischer Innenminister Jonathan Schmid kündigt staatlichen Heilanstalten Verlegung von Kranken an (23. November 1939) .....	627
<b>320</b> Landes-Pflegeanstalt Grafeneck verschickt Nachricht mit fingierten Todesursachen (9. Februar 1940) .....	628
<b>321</b> Amtsgerichtsrat Lothar Kreyssig fordert von Reichsjustizminister Franz Gürtner Aufklärung über die Krankenmorde (8. Juli 1940) .....	628
<b>322</b> An den Staat gerichtete Denkschrift von Pastor Paul Braune, Lobetal, gibt eine detaillierte Darstellung der »Krankenmorde« (9. Juli 1940) .....	631
<b>323</b> Fritz von Bodelschwingh weigert sich gegenüber dem für Bethel zuständigen Regierungspräsidenten Meldebögen auszufüllen (17. Juli 1940) ..	637
<b>324</b> Landesbischof Wurm protestiert bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick gegen die »Euthanasie«-Aktion (19. Juli 1940) .....	638

<b>325</b>	Reichsjustizminister Franz Gürtner interveniert beim Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers wegen fehlender rechtlicher Basis der »Euthanasie«-Aktion (24. Juli 1940)	639
<b>326</b>	Anweisung zur Ermordung hessischer Patienten jüdischer Herkunft (30. August 1940)	640
<b>327</b>	Zahl der Opfer der »Euthanasie«-Aktion (1. September 1941)	641
<b>4.12</b>	<b>Zwangsarbeit in Anstalten der Inneren Mission</b>	642
<b>328</b>	Die Anstaltsleitung Freistatt erbittet beim Arbeitsamt Bassum die Zuweisung weiterer polnischer Arbeitskräfte (26. Februar 1940)	642
<b>329</b>	Staatlicher Erlass zur »Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen der polnischen Zivilarbeiter(innen)« (8. März 1940)	643
<b>330</b>	Kirchliches Außenamt gibt Hinweise zur Betreuung ausländischer Arbeiter (3. Dezember 1942)	644
<b>331</b>	Verhörprotokoll eines polnischen Zivilarbeiters, der seine Arbeit nicht ordnungsgemäß ausgeführt haben soll (7. Februar 1943)	646
<b>332</b>	Die Anstalt Bethel unterrichtet den Betriebsobmann der »Deutschen Arbeitsfront« über die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte (10./15. Februar 1944)	647
<b>333</b>	Anstaltsleiter August Jungblut bittet das Arbeitsamt für einen erkrankten polnischen Zivilarbeiter Ersatz zu senden (6. Juni 1944)	647
<b>4.13</b>	<b>Christen und Juden angesichts der Shoa</b>	649
<b>334</b>	Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden (1. September 1941)	649
<b>335</b>	Stadtvikarin Katharina Staritz fordert Breslauer Amtskollegen zur Solidarität mit judenchristlichen Gemeindegliedern auf (12. September 1941)	650
<b>336</b>	DC-Kirchenleitungen heben durch eine Bekanntmachung Gemeinschaft mit Judenchristen auf (17. Dezember 1941)	651
<b>337</b>	»Frau Knöterich als Stadtvikarin« – ein diffamierender Artikel über Katharina Staritz (18. Dezember 1941)	652
<b>338</b>	Kirchenkanzlei der DEK fordert oberste Kirchenbehörden auf, Vorkehrungen zum Ausschluss getaufter »Nichtarier« vom kirchlichen Leben zu treffen (22. Dezember 1941)	653
<b>339</b>	Thüringer Evangelische Kirche schließt per Gesetz »nichtarische« Christen »von jeglicher kirchlichen Gemeinschaft« aus (28. Dezember 1941)	654
<b>340</b>	Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942	654
<b>341</b>	Konferenz der Landesbruderräte und die 2. VKL fordern Rücknahme des Schreibens der Kirchenkanzlei (5. Februar 1942)	657
<b>342</b>	Landesbischof Wurm interveniert beim Reichskirchenministerium für »Mischlinge« und in »Mischehen« lebende Juden (12. März 1943)	659
<b>343</b>	»Münchener Laienbrief« von Ostern 1943 fordert öffentliches Eintreten der Kirche für die verfolgten Juden	660
<b>344</b>	Landesbischof Wurm protestiert bei Hitler gegen den Massenmord an den Juden (16. Juli 1943)	662
<b>345</b>	Beschluss zur Auslegung des 5. Gebots der Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU vom 16./17. Oktober 1943	664
<b>346</b>	Auszug aus dem Fluchtbericht von Max Krakauer	668

<b>4.14 Glaubenszeugnisse und Widerstand</b> .....	671
<b>347</b> Hermann Stöhr begründet seine Waffendienstverweigerung (2. März 1939) .....	671
<b>348</b> Hermann Stöhr bestärkt kurz vor seiner Hinrichtung nochmals seine Haltung (25. April 1940) .....	672
<b>349</b> Grundsatzerkklärungen des Kreisauer Kreises (27. Mai 1942) .....	673
<b>350</b> Dietrich Bonhoeffers Entwurf zu einer Kanzelabkündigung nach dem Umsturz fordert »Erneuerung des Lebens« nach Gottes »heiligem Willen« (Ende 1942) .....	675
<b>351</b> Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Elisabeth von Thadden u.a. (22. Juni 1944) .....	676
<b>352</b> Abschiedsbrief von Hans-Bernd von Haeften an seine Frau kurz vor seiner Hinrichtung (15. August 1944) .....	679
<b>353</b> Ermittlungsakten des Oberreichsanwalts gegen Studienrat Georg Maus (28. August 1944) .....	680
<b>354</b> Bericht des Sicherheitsdienstes der SS über »Die konfessionellen Bindungen und kirchlichen Beziehungen der Verschwörerclique« (4. Oktober 1944) .....	682
<b>355</b> Abschiedsbrief von Pfarrer Ludwig Steil an einen westfälischen Pfarrer (November 1944) .....	688
<b>356</b> Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Walter Albert Bauer und Constantin von Dietze (9. April 1945) .....	689
<b>4.15 Die Auseinandersetzung um die Position der Theologin</b> .....	693
<b>357</b> Berliner BK-Theologinnen fordern vom Bruderrat der Evang. Kirche der ApU Klarheit über ihre Stellung und ihre Aufgaben (2. November 1939) ..	693
<b>358</b> Der Bruderrat der Evang. Kirche der ApU weist Vikarinnen begrenzte Aufgaben zu (19. Dezember 1939) .....	696
<b>359</b> Peter Brunner weist in einem Gutachten die Ordination und das volle Predigtamt für Vikarinnen zurück (22. November 1940) .....	696
<b>360</b> Vikarin Elisabeth Freiling legt Gegenthesen zum Gutachten Brunners vor (3. Januar 1941) .....	704
<b>361</b> Kirchenkanzlei der DEK unterbreitet den Landeskirchen Vorschläge für eine Neuregelung der Arbeitsgebiete und der Rechtsstellung der Vikarinnen (28. Januar 1942) .....	705
<b>362</b> Julius Schniewind fasst die Ergebnisse des Vikarinnenausschusses zusammen (vor 24. August 1942) .....	708
<b>363</b> Die 10. Bekenntnissynode der Evang. Kirche der ApU beschränkt den Dienst der Vikarin auf »Frauen, Jugendliche und Kinder« (18. Oktober / 10. November 1942) .....	711
<b>364</b> Brandenburgische Vikarinnen fordern Revision des Synodalbeschlusses zum »Dienst der Vikarin« (9. Juni 1943) .....	712

## KAPITEL 5

### Neubeginn und Schulfrage (1945 und 1946)

<i>Einleitung</i> .....	715
<b>365</b> Landesbischof Wurm ermahnt in einer Ansprache das deutsche Volk, zu Christus zurückzukehren (Himmelfahrt, 10. Mai 1945) .....	724
<b>366</b> Landesbischof Wurm: Ein Wort an die Christenheit im Ausland (Mai 1945) .....	725
<b>367</b> Lagebericht von Helmut Thielicke fordert Neuanfang für die Kirche (15. Juni 1945) .....	727
<b>368</b> Landesbischof Wurm kündigt Leitungen der evangelischen Landeskirchen baldige Kirchenkonferenz an (28. Juni 1945) .....	733
<b>369</b> Generalsekretär Willem A. Visser't Hooft formuliert gegenüber Otto Dibelius die Erwartungen der Ökumene an die Deutschen (25. Juli 1945) ..	735
<b>370</b> Spandauer Synode der Bekennenden Kirche von Berlin fordert »gründliche Umkehr und Erneuerung« (31. Juli 1945) .....	736
<b>371</b> Hermann Maas benennt in einem Memorandum Schuld der evangelischen Kirche und zieht Konsequenzen für deren Neuaufbau (10. August 1945) .....	740
<b>372</b> Der Reichsbruderrat macht den in Treysa versammelten Kirchenvertretern Vorschläge für die Neuordnung der Kirche (22. August 1945) .....	744
<b>373</b> Paul Fleisch legt den Entwurf einer Verfassung der Deutschen Lutherischen Kirche vor (August 1945) .....	745
<b>374</b> Die Vorläufige Ordnung der EKD vom August 1945 .....	749
<b>375</b> Eugen Gerstenmaier skizziert Aufbau und Aufgaben eines Hilfswerkes der EKD (August 1945) .....	750
<b>376</b> Beschluss der Kirchenversammlung in Treysa zur Schulfrage (31. August 1945) .....	753
<b>377</b> Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben (September 1945) .....	753
<b>378</b> Predigt Martin Niemöllers auf der 2. Tagung des Rates der EKD in Stuttgart (18. Oktober 1945) .....	755
<b>379</b> Generalsekretär Willem A. Visser't Hooft erbittet Wort zur Schuld der evangelischen Kirche (19. Oktober 1945) .....	758
<b>380</b> Die Stuttgarter Schulderklärung (18./19. Oktober 1945) .....	759
<b>381</b> Pastor Pierre Maury bedankt sich für die Stuttgarter Schulderklärung (19. Oktober 1945) .....	760
<b>382</b> Erklärung von Bischof George Bell beim Treffen der Vertreter der Ökumene mit dem Rat der EKD (19. Oktober 1945) .....	761
<b>383</b> Artikel im Kieler Kurier vom 27. Oktober 1945 .....	763
<b>384</b> Präses Wilhelm Halfmann kritisiert die Stuttgarter Schulderklärung (28. Oktober 1945) .....	764
<b>385</b> Hermann Diem fordert in einem Rundfunkinterview Eingreifen der Kirche »in die politischen Dinge« (24. Februar 1946) .....	765

<b>386</b> Kirchlich-theologische Sozietät in Württemberg konkretisiert in einer Erklärung die Stuttgarter Schulderklärung (9. April 1946) . . . . .	766
<b>387</b> Entschließung des Rates der EKD zur Durchführung der Entnazifizierung im deutschen Volk (2. Mai 1946) . . . . .	770
<b>388</b> Entschließung des Rates der EKD zur Durchführung der Selbstreinigung der Kirche (2. Mai 1946) . . . . .	772
<b>389</b> Martin Niemöller verteidigt in einem Vortrag die Stuttgarter Schulderklärung als »Weg ins Freie« (3. Juli 1946) . . . . .	773
<b>Anhang</b>	
Personenregister/Biographische Angaben . . . . .	781
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	830
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	839
<b>Karte</b>	
Die evangelischen Landeskirchen . . . . .	844